
Eine kritische Einführung in die Wirtschaftspolitik

Rezension von: Pirmin Fessler, Stefan
Hinsch, *Wie funktioniert Wirtschaft?*
Eine kritische Einführung, 2. Auflage,
Promedia, Wien 2013, 237 Seiten,
broschiert, € 17,90;
ISBN 978-3-853-71362-4.

Der gegenwärtige wirtschaftspolitische Diskurs scheint eingeschränkter denn je. Trotz des kolossalen Scheiterns von dreißig Jahren marktliberaler Reformen wollen die so entfesselten Marktkräfte nicht so recht für das versprochene Wachstum, für Investitionen, Beschäftigung und einen breiten Wohlstandsgewinn sorgen. Fessler und Hinsch erklären in der zweiten Auflage ihrer kritischen Einführung in Volkswirtschaftslehre, warum.

In Ihrer Einleitung rüsten die Autoren ihre LeserInnen zunächst mit dem ökonomischen Grundwerkzeug aus und lenken die Aufmerksamkeit auf eine der grundsätzlichen Fragen der Ökonomie, die in den Lehrbüchern so oft unbeantwortet bleibt: die nach dem Koordinationsproblem der Wirtschaft, die Adam Smith mit der „unsichtbaren Hand“ und dem Preis, der sich über Angebot und Nachfrage ergibt, beantwortet hat. In einer Welt mit zwei Produzenten und zwei Gütern erscheint dies noch recht anschaulich, doch in einer Welt mit einer unüberschaubaren Zahl von Akteuren und Gütern bleibt die Frage offen, warum nicht alles im Chaos endet, wenn es keine zentrale Steuerung gibt.

Die Autoren legen in ihrer Einführung die Annahmen offen, die nötig sind, da-

mit die „unsichtbare Hand“ tatsächlich wirken kann, und wo diese Annahmen eingeschränkt sind: Kosten und Nutzen, die nicht im Marktpreis „eingepreist“ sind (Externalitäten), vollständige Konkurrenz und deren Einschränkungen (z. B. Markteintrittsschwellen und Skalenerträge), Transparenz und (symmetrische) Verfügbarkeit von Information oder auch gesellschaftliche Auffassung von Gerechtigkeit, die zeigen, dass der Mensch nicht nur ein „*homo oeconomicus*“, sondern auch ein „*zoon politicon*“ ist.

Wie stark solche – scheinbar – theoretischen Überlegungen in die Wirtschaftspolitik wirken, zeigt Margaret Thatchers markiger Spruch „*There is no such thing as society*“. Wo solche Ideologien verfolgt werden, ist klar, dass es in der Wirtschaftspolitik auch immer darum geht, dass mit verschiedenen Lösungsansätzen immer die Frage einhergeht, wem welche Maßnahme am meisten nutzt – und was sie der Gesellschaft, deren Existenz Marktradikale abstreiten, kostet. Eins vorweg: Die Autoren verstehen es ausgezeichnet, ohne die/den LeserIn zu tief in reine, formalistische Theorien zu führen, diese Frage anhand aktueller wirtschaftspolitischer Diskussionen und der bestehenden Ungleichgewichte plausibel aus den verschiedenen Theorieansätzen herauszuarbeiten und die zugrunde liegenden Annahmen offenzulegen.

Was das vorliegende Buch auch noch von den meisten Einführungen unterscheidet: Geld und seine Funktionen sowie Kapitalmärkte (Kapitel 2 und 3) werden nicht erst am Ende erläutert, sondern setzen gewissermaßen die Einleitung fort, um den LeserInnen das Werkzeug in die Hand zu geben, viele der Ungleichgewichtsphänomene und

Gründe der gegenwärtigen Wachstumsschwäche zu verstehen. Dies ist dabei kein Detail am Rande, denn schließlich ist die Neutralität des Geldes für die Wirtschaft eine zentrale und sehr einschränkende Annahme, auf der die Neoklassik und daraus folgend der Neoliberalismus basieren.

Aber Fessler und Hinsch räumen auch mit anderen Missverständnissen auf und scheuen sich nicht, ein Thema aufzugreifen, um das sich die ökonomische Zunft sonst drückt: Die Auseinandersetzung mit Schwund- und Vollgeldtheoretikern. Es fehlt dort oft das Verständnis, dass erstens Zinsen letztlich nur eine Form der Verteilung des erwirtschafteten Gewinns sind, eine Marktwirtschaft aber grundsätzlich nur mit dem Streben nach Gewinnen funktionieren kann. Und zweitens wird übersehen, dass Zinsen ein Preis für die Überlassung von Geld über Zeit sind, Investitionen aber ohne diesen Mechanismus des „Transports“ des Geldes über Zeit und Raum – von GläubigerInnen zu SchuldnerInnen und wieder zurück – nicht finanziert werden können.

Die Zusammenhänge zwischen Geldschöpfung (durch das Bankensystem) und Investitionen sowie der Doppelcharakter finanzieller Transaktionen sind auch wichtig für das Verständnis für das Funktionieren und Scheitern der Finanzmärkte und der seit 2007 andauernden Krise. Ein wichtiges Detail, das in der Diskussion oft bewusst verzerrt dargestellt wird, vorweg: Die Unterscheidung zwischen „bösen, großen Investmenthäusern und kleinen, regionalen Banken, die wohlwollend und partnerschaftlich Spareinlagen entgegennehmen und Kredite an die regionale Wirtschaft vergeben, ist absurd: Auch die kleinen, re-

gionalen Banken haben kräftig am Fremdwährungskreditrad gedreht, und in mancher vermeintlich biederer Bank schlummerten Lehman-Zertifikate.

Aber warum nehmen Banken eine derartig wichtige Stellung im volkswirtschaftlichen Kreislauf ein, dass nach dem Fall von Lehman Brothers Bankenhilfspakete in atemberaubender Höhe gewährt wurden? Der Zusammenbruch einer Bank kann zu einer massiven Vertrauens- und Liquiditätskrise führen, weil der Geldkreislauf ins Stocken kommt – ohne Gegensteuerung mit Hilfs- und Konjunkturpaketen hätte ein Absturz wie in den 1930er-Jahren gedroht. Die Lehren, die man in den Dreißigerjahren gezogen hatte, waren einerseits die Schaffung eines Einlagensicherungssystems, um einen Sturm auf Banken zu verhindern, und andererseits die Regulierung des Bankensystems. Nachdem sich ab den 1980er-Jahren die Effizienzmarkthypothese immer stärker verbreitete, wurde letztere schrittweise zurückgefahren. Sind Märkte effizient, brauchen sie auch keine „Aufpasser“.

Mit den Bankenhilfspaketen wurden aber andererseits alle gegenwärtigen und zukünftigen SteuerzahlerInnen zu GläubigerInnen maroder Banken. Damit stieg das Risiko aller GläubigerInnen, und deren Bonität ist gesunken. Die „Eurokrise“ ist also letztlich auch darauf zurückzuführen, dass aus den Alternativen Schuldenschnitt unter Beteiligung derer, die sich immer auf die Rationalität ihrer Entscheidungen berufen haben, und Vergemeinschaftung der Risiken/Schulden zu Lasten derer, die mit dieser Entscheidung wenig zu tun hatten, letztere gewählt wurde.

In den weiteren Abschnitten über Kredit-, Anleihen- und Aktienmärkte sowie deren Derivate (Optionen, *Futu-*

res und noch exotischere Produkte) beschreiben die Autoren die Funktionsweise dieser Instrumente und wie diese in Kombination mit der an den liberalisierten Finanzmärkten entstandenen Euphorie letztlich in einem Amoklauf der Märkte endeten (Minsky-Moment), den die Autoren in ihrem Kapitel über Wachstum- und Konjunkturphänomene anhand eines Immobilienprojekts recht anschaulich beschreiben.

Die Kapitel über Wachstum und Konjunkturprobleme (Kapitel 4 und 5) und mögliche Maßnahmen und Grenzen der Konjunkturpolitik durch Variation der Staatsausgaben und der Geldpolitik versetzen den Leser – egal ob ökonomisch vorgebildet oder nicht – recht gut in die Lage, die ökonomischen Theorien hinter den gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussionen über Grenzen der Staatsverschuldung, Deflationsrisiken, Möglichkeiten und Grenzen konventioneller und nicht konventioneller Geldpolitik zu begreifen. Fessler und Hinsch verstehen es auch sehr gut, die Interessen offenzulegen, die hinter den verschiedenen Ansätzen liegen.

Die abschließenden Kapitel (6-8) zeigen, warum die konventionellen Ansätze der Wirtschaftspolitik, die gegenwärtige Wachstumsschwäche zu überwinden, unzureichend sind: Weder ist von monetaristischen, neoklassischen Anstößen durch konventionelle (Zinsen) und nicht konventionelle (*quantitative easing* durch Wertpapierkäufe) Geldpolitik in Kombination mit „Strukturreformen“ noch viel zu erwarten, noch bietet eine konventionelle keynesianische Stimulierung der Wirtschaft über die Staatsausgabenmultiplikatoren viele Möglichkeiten. Hier sind die verbliebenen Optionen nicht zuletzt

aufgrund der direkten und indirekten Bankenhilfspakete nicht mehr groß. Die Wirksamkeit konventioneller Ansätze ist vor allem aufgrund der massiven Ungleichgewichte auf internationaler Ebene (Leistungs- und Kapitalbilanzbilanzen) und auf nationaler Ebene eingeschränkt: Investitionen bleiben seit geraumer Zeit verhalten, weil diese Ungleichgewichte dazu führen, dass die, die konsumieren wollen, nicht mehr können (öffentliche und private Verschuldung), und die, die konsumieren könnten, auch nicht mehr ausgeben können oder wollen.

Die „Hilfsprogramme“ für die Programmländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien dienten eigentlich vor allem zur Absicherung der Gläubigerpositionen – zu Lasten der dortigen Steuerzahler. Die ständig gepredigten „Strukturreformen“ greifen nicht zuletzt deshalb zu kurz, weil wir seit den 1980er-Jahren durchwegs markliberale Reformen erlebt haben, die das versprochene Wachstum eben nicht gebracht haben.

Das Wichtigste an dem Buch ist aber, dass es hilft, Sätze wie „*There is no alternative*“ zu entlarven: Es gibt immer eine Alternative, allerdings würden Gewinner und Verlierer anders aussehen. Wirtschaftspolitik heißt immer abzuwägen – und sie ist interessengeleitet. Fessler und Hinsch geben sowohl den ökonomisch unbedarften als auch ökonomisch vorgebildeten Leserinnen eben dieses Instrument in die Hand, die Interessen hinter solchen Stehsätzen der Wirtschaftspolitik zu erkennen.

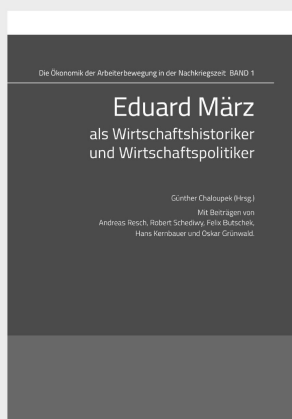
Für die dritte Auflage wäre es wünschenswert, wenn es am Ende der Kapitel noch Hinweise für weiterführende Literatur für interessierte LeserInnen gäbe. Die „kritische Einführung“ sollte aber dann auch noch ihren Charakter

erhalten: eine flüssige Lektüre für an Wirtschaftspolitik Interessierte, die sich nicht hinter Formeln und Grafiken versteckt.

Thomas Zotter

ÖGB VERLAG

www.oegbverlag



Eduard März als Wirtschaftshistoriker und Wirtschaftspolitiker

Dr. Günther Chaloupek (Hrsg.), ehemaliger Leiter des Bereichs Wirtschaft der AK Wien,
Wirtschaftshistoriker

Mit Beiträgen von

Andreas Resch, Robert Schediwy, Felix Butschek, Hans Kernbauer und Oskar Grünwald.

Die Ökonomik der Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit Band 1

96 Seiten / ÖGB-Verlag / 2015

ISBN 978-3-99046-140-2 / EUR 19,90

Eduard März (1908-1987) war einer der profiliertesten Ökonomen in Österreich in der Zweiten Republik. Als Ökonom war er einem umfassenden wissenschaftlichen Ansatz verpflichtet, in dem Theorie, Geschichte und Politik gleich gewichtet waren. Nach seiner Rückkehr 1953 aus der Emigration und seinem Eintritt in die Wiener Arbeiterkammer engagierte sich März drei Jahrzehnte in der österreichischen Wirtschaftspolitik und hat bis heute sichtbare Spuren hinterlassen. In der AK baute er den ersten modernen think tank im Rahmen einer Interessenvertretung auf. Er war auch Verfasser von Standardwerken zur Wirtschaftsgeschichte.

BESTELLUNG IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

